

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 3 (1911)  
**Heft:** 12  
  
**Artikel:** Ein Reorganisationsproblem. Teil II  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-349830>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ein Reorganisationsproblem.

### II.

Im *Prinzip* bestreitet es auch innerhalb der schweiz. Sozialdemokratie niemand, dass die rücksichtslose Wahrung der Klasseninteressen des Proletariats auch im Interesse der Allgemeinheit liegt. In der Praxis ergeben sich aber Differenzen, insbesondere darüber, in welcher Weise das Klasseninteresse des Proletariats am besten gewahrt werden kann. Dabei spielt das Milieu, dem der einzelne entstammt, eine sehr bedeutende Rolle. Sowohl ein Teil der sozialistischen Intellektuellen, als auch ein erheblicher Teil der schweizerischen Arbeiter ist noch mit der den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Ideologie behaftet: *Wir sind ein einzig Volk von Brüdern!*

Sie kritisieren und bekämpfen lebhaft die Störenfriede aus dem Lager der Bourgeoisie, empfehlen aber auch eine sozialistische Taktik, die diese « Volkssolidarität » unangenehm negiert. Sie bestreiten, dass das Bürgertum eine einzige reaktionäre Masse sei, und wollen deshalb die sozialistische Taktik so gestalten, dass sie die fortschrittlicheren bürgerlichen Elemente nicht abstosst. Es ist richtig: das Bürgertum ist nicht eine einzige reaktionäre Masse, wenn man den allgemeinen politischen Massstab an ihr Handeln legt. Es ist überhaupt ein Missverständnis, wenn man glaubt, die Folge der kapitalistischen Entwicklung werde ein immer kompakter werdender Zusammenschluss der *gesamten* Bourgeoisie gegen das Proletariat sein. Die natürliche Folge der weiteren kapitalistischen Entwicklung und der sie begleitenden Klassenkämpfe ist die Zersetzung der politischen Parteien des Bürgertums. Je gewaltiger der Klassenkampf anschwillt, desto uneiniger wird das Bürgertum in den Fragen, die die Verteidigung der heutigen Wirtschaftsordnung betreffen. Richtet sich die sozialistische Taktik nach den Wünschen derjenigen, die Lohnbewegungen und Streiks unter dem Gesichtspunkt, welchen Einfluss sie auf parteipolitische Konstellationen ausüben, werten, so wird dieser Zersetzungsprozess eher aufgehalten als gefördert. Wer etwa daran zweifelt, dass gewerkschaftliche Aktionen wie oben beurteilt werden, dem könnten wir mit Beispielen aufwarten.

Es ist durchaus verständlich, dass das Bürgertum sich bemüht, auf die Taktik des organisierten Proletariats einzuwirken. Naturgemäss kann diese Einwirkung aber nur eine Irreführung des Proletariats bezwecken. Von den Bemühungen der christlichen Konservativen, die Aufmerksamkeit des Proletariats von den *irdischen* Dingen abzulenken, wollen wir gar nicht reden, sondern

von der Taktik des fortschrittlichen Teils des Bürgertums. Dieser hat sich bereits zu der Erkenntnis durchgerungen, dass eine Beschränkung der Rechte des Proletariats die Position der Besitzenden nicht befestigt. Das fortschrittliche Bürgertum kann aber auch die berechtigten Wünsche der Arbeiter nicht erfüllen. Es würde damit wohl die sozialistische Partei überflüssig machen, aber auch seine heutige Vorzugsstellung preisgeben. Es ist also gezwungen, jeder Reform den Charakter der Halbheit zu geben, und jeden, auch den winzigsten sozialpolitischen Fortschritt zu einer Grosstat aufzubauschen. Für die Arbeiterschaft ergeben sich daraus zwei Eventualitäten.

Lässt sie sich jede Scheinreform als grossen Erfolg aufschwätzen, so wird sich ihre Lage nicht verbessern. Sie wird Freunde im bürgerlichen Lager und vielleicht auch einige Vertreter mehr in den Behörden haben. Das alles vermag ihnen aber die ausbleibende Verbesserung ihrer materiellen Lage nicht zu ersetzen. Das Proletariat fühlt das Dunkel, ist aber noch immer im Banne der Ideologie, die nicht einzig auf die eigene Kraft, sondern auf das Wohlwollen eines Teiles der Gegner abstellt. Bei irgendeiner — vielleicht gerade der ungünstigsten — Gelegenheit treibt das sehr richtige, aber mit der « offiziellen » Taktik nicht übereinstimmende Gefühl das Proletariat zu einer Aktion, die alle bürgerlichen Freunde verscheucht und in der Folge etwa auch die *politische* Stellung des Proletariats schwächt. Als Reaktion darauf folgt dann etwa wieder der Versuch, die verlorenen bürgerlichen Sympathien wieder zu gewinnen. Gelingt dieser Versuch, dann folgt naturgemäss wieder die eben geschilderte Empörung. Dass ein solcher Zickzackkurs geradezu demoralisierend wirkt, liegt auf der Hand.

Es ist deshalb kein Wunder, dass die Kämpfe um die Taktik fast allenthalben scharfen Charakter annehmen. Wo immer man bisher vor scharfen Auseinandersetzungen zurückschreckte, hatte das Proletariat einen grossen Schaden. Die am 2. und 3. Dezember 1911 erfolgte Lösung des in Rede stehenden Reorganisationsproblems beweist dies von neuem. Um eine Gruppe von Parteigenossen nicht « vor den Kopf zu stossen », hat man sich damit begnügt, eine Erhöhung der Parteibeiträge vorzunehmen. Sonst ist so ziemlich alles beim alten geblieben. Wir sagten im ersten Artikel: « Noch keine Arbeiterorganisation irgendeines Landes hat es vermocht, eine einheitliche Auffassung über die taktischen Richtlinien zu erzielen ». In allen wirtschaftlich so weit als die Schweiz entwickelten Ländern brachte man es aber schon dazu, eine einheitliche Organisation und damit das Instrument zur



einheitlichen Fixierung der Taktik zu schaffen. Natürlich gibt es in der Praxis mannigfache Variationen; die allgemeinen Richtlinien bestehen aber, und es wird jede Abweichung davon von der obersten Instanz beurteilt und ihre Wiederholung zu verhindern gesucht.

Wir haben aber selbst nach der nun erfolgten Reorganisation noch zwei Instanzen, mit der — wir möchten fast sagen: offiziellen — Mission, eine eigene Taktik zu propagieren. Und das bedeutet, dass uns der «bodenständige» Zickzackkurs noch lange erhalten bleibt. Natürlich arbeitet die kapitalistische Entwicklung unentwegt an der Modifikation der geistigen Physiognomie des Proletariats. Und trotz der Einschachtelung der politischen Arbeiterbewegung in zwei Richtungsorganisationen werden wir zu einer fast einheitlichen Taktik kommen. Aber später, als es nach dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung möglich wäre.

Einen erheblichen Vorteil wird aber die nun erfolgte «Reorganisation» der Partei doch zeitigen. Als in der Partei stimmberechtigter Genosse gilt nun nur der, der *politisch* organisiert ist. Dieser Umstand zwingt die Gewerkschafter, auch für die politische Aktion bestimmte, *regelmässige* Opfer zu bringen. Die neue Belastung wird manchem wohl sehr schwer fallen, sie wird aber doch übernommen werden mit Rücksicht auf die absolute Notwendigkeit der politischen Aktion. Und wer diese zu würdigen weiss, wird nicht darauf verzichten wollen, auch die Richtung mitbestimmen zu helfen.

Wenn es auch in der Gewerkschaftsbewegung bemerkenswerte konservative Strömungen gibt, eines ist doch in ihr stark entwickelt, die Erkenntnis: *die Ratschläge der Gegner sind nicht die besten!* Der erfahrene Gewerkschafter weiss, dass *wirkliche* Erfolge nur erreicht werden durch Anspannung der eigenen Kraft.

Aus dieser Erfahrungstatsache heraus erklärt sich auch die verschiedene Stellung zum «*Ausländerproblem*». In der Gewerkschaftsbewegung ist dies kein «Problem» mehr. In der politischen Bewegung, wo man noch auf die Ratschläge der Gegner hört, schreckt man davor zurück, die ausländischen Gesinnungsgenossen als gleichberechtigt gelten zu lassen. Den Rat des Gegners nimmt man an, will aber nicht als einer gelten, der sich von einem ausländischen Gesinnungsgenossen beraten lässt. Man hat behauptet, auf den Geist komme es an, nicht auf die Form. Aus letzteren kann man aber auf ersteren schliessen. Die doppelspurige Organisation scheint nun auf besondere Stärke schliessen zu lassen. Man bedenke: Wie stark muss sich doch die Bewegung fühlen, die darauf verzichtet, ihre Kraft zu zentralisieren. Dass dem nicht so

ist, glauben wir deutlich genug dargestellt zu haben. Die schweizerische Sozialdemokratie kam nicht zur einheitlichen Organisation, weil sich ein Teil ihrer Mitglieder vor der eigenen Courage fürchtet.



## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

### Frankreich.

In den letzten Monaten hat der seit Jahren dauernde Kampf zwischen den «Reformisten» und den «Revolutionären» im französischen *Eisenbahnverband* einen Abschluss gefunden. Der revolutionäre Flügel ist aus dem Verbands teils freiwillig, teils unfreiwillig *ausgeschieden* und ist im Begriff, eine *Sonderorganisation* zu gründen. Wie weit ihm dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Diese Spaltung ist eine Folge des grossen Eisenbahnerstreiks vom Oktober 1910. Auf dem Mitte August abgehaltenen Kongress des Eisenbahnverbandes wurde über den Streik Abrechnung gehalten. Der detaillierte Bericht des zweiten Streikkomitees (das erste war verhaftet worden, die Untersuchung wurde vor kurzem eingestellt), wies nach, dass der Streik wider den Willen des Streikkomitees durch die Führer des revolutionären Flügels vorzeitig vom Zaune gebrochen worden ist und dadurch einer sichern Niederlage geweiht war.

Trotzdem der reformistische Flügel über eine Zweidrittelmehrheit verfügte, gelang es den Anarchosyndikalist, ihren Reorganisationsplan in letzter Stunde durchzudrücken. Diese Reorganisation des Verbandes ging auf die Umwandlung der Zentralorganisation in eine Föderation hinaus. Danach bilden die Gruppen der einzelnen Eisenbahnnetze eine innerhalb ihres Wirkungskreises selbständige Sektion. Diese Zersplitterung des Verbandes kam zustande, weil ein grosser Teil des reformistischen Flügels mit den Anarchosyndikalist stimmte, um künftig vor den Gewaltstreichen einer Minderheit geschützt zu sein. Der en bloc angenommene Statutenentwurf wurde der Zentralleitung zur genaueren Durcharbeitung überwiesen, um dann den verschiedenen Eisenbahnnetzen zur Abstimmung unterbreitet zu werden. Aber ehe es noch zur Abstimmung gekommen war, begannen die Anarchosyndikalist über «Verrat» zu schreien, und zwar weil in dem neuen Entwurf der ursprüngliche Titel des Verbandes («*Syndicat national*» statt «*Fédération*») beibehalten war und auch der Sitz des Verbandes im bisherigen Lokal blieb, statt in das Gewerkschaftshaus, wo die Konföderation ihren Sitz hat, verlegt zu werden. Diese reine Wortklauberei musste zu einer wütenden Kampagne gegen die ganz in die Hände der «Reformisten» übergegangene Leitung herhalten. Die Anarchosyndikalist erklärten, mit ihr alle Beziehungen abubrechen und eine neue Organisation gründen zu wollen. In der Folge wurden sie deshalb auch von allen Kongressen der verschiedenen Eisenbahnnetze ausgeschlossen. Der neue Statutenentwurf ist jetzt von allen Eisenbahnnetzen im wesentlichen angenommen worden. Er enthält ausser den schon angeführten Bestimmungen unter anderem noch die Erhöhung des Mindestbeitrags auf 6 Fr. jährlich und die obligatorische Einführung des wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans, wofür ein besonderer Beitrag von 2 Fr. jährlich gezahlt werden muss.

Hoffen wir, dass die so hart geprüfte Organisation der französischen Eisenbahner auch diese neue Krise ohne dauernden Schaden übersteht. Auf sich selbst angewiesen, wird sich bald die Ohnmacht der paar anarchistischen Schreihälse erweisen.